

Die spanischen nationalen Wahlen vom 26. Juni 2016: ein zweiter Anlauf zur Regierungsbildung im neuen Vierparteiensystem

Christian Pfeiffer

1. Ausgangslage: Die Wahlen vom 20. Dezember 2015 und die darauf folgende Blockade

Am 26. Juni 2016 wurden in Spanien zum zweiten Mal innerhalb von sieben Monaten nationale Wahlen abgehalten. Zuvor waren bereits am 20. Dezember 2015 die Bürger der viertgrößten Volkswirtschaft der Eurozone dazu aufgerufen, bei den bis zum damaligen Zeitpunkt wohl wichtigsten Wahlen seit 1982, ihre Stimme abzugeben.

1982 hatte die Transition, der paktierte Übergang von der *Franco*-Diktatur zur Demokratie, mit dem Wahlsieg der PSOE (Partido Socialista Obrero Español) ihr Ende gefunden. Dies bedeutete einen entscheidenden Umbruch, da mit den Sozialdemokraten um *Felipe González* die in der Diktatur unterdrückte und teilweise exilierte Opposition an die Macht kam und der Prozess der demokratischen Konsolidierung damit als abgeschlossen galt. In der Folge entwickelte sich ein Zweiparteiensystem (Bipartidismo) heraus, das bis zu den Wahlen 2015 als dominierend für das spanische politische System galt und in dem sich die konservative PP (Partido Popular) und die sozialdemokratische PSOE gegenseitig in der Regierungsverantwortung ablösten. Im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007/2008 und den daraus resultierenden sozialen und institutionellen Verwerfungen stiegen jedoch in den letzten zwei Jahren mit der linken Podemos („Wir können“) und der liberalen Ciudadanos („Bürger“) zwei politische Kräfte auf, die den etablierten Parteien in den Umfragen Konkurrenz machten. Bereits bei den Wahlen in Andalusien im März 2015 sowie bei den Regional- und Kommunalwahlen im Mai 2015 zeichnete sich eine neue politische Realität in Spanien ab, in der absolute Mehrheiten der Vergangenheit angehören und sich neben den beiden großen Parteien und einigen Regionalparteien die in der spanischen Presse als „partidos emergentes“ („aufstrebende Parteien“) bezeichneten Podemos und Ciudadanos zu wesentlichen politischen Vetoakteuren entwickelten, ohne die in den meisten Fällen keine Mehrheiten mehr gefunden werden können.¹

Aus der Wahl am 20. Dezember 2015 ging die PP als Gewinner hervor. Sie konnte 1,6 Millionen Stimmen beziehungsweise sieben Prozentpunkte mehr als die zweitplatzierte PSOE erlangen und war Wahlsieger in 13 der 17 Autonomen Gemeinschaften sowie in 39 der insgesamt 52 Wahlkreise. Folgerichtig stellte sie mit 123 Abgeordneten die mit Abstand größte Fraktion im Spanischen Abgeordnetenhaus (Congreso de los Diputados). Dies konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie 63 Sitze eingebüßt hatte. Noch nie hatte eine Partei eine nationale Wahl in Spanien mit so wenigen Stimmen und Sitzen gewonnen.

Die PSOE erreichte mit 22,01 Prozent der Stimmen beziehungsweise 90 Abgeordneten im Kongress das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte und verlor gegenüber der vorherigen Wahlperiode 20 Sitze. Podemos hingegen verbuchte auf Anhieb ein starkes Wahlergebnis und konnte 69 Sitze im Abgeordnetenhaus holen. Allerdings muss hier berücksichtigt werden, dass sie sich in den Autonomen Gemeinschaften Katalonien (En Comú Podem;

1 Hierzu siehe auch *Christian Pfeiffer / Nikolaus Werz*, Spanien vor den Wahlen 2015. Eine erste Analyse der Regional- und Kommunalwahlen, Rostock 2015.

zwölf Abgeordnete), Valencianische Gemeinschaft (Podemos-Compromís; neun Abgeordnete) und Galicien (En Marea; sechs Abgeordnete) in einem Zusammenschluss mit anderen regionalen politischen Formationen präsentierte. Ciudadanos, die vorher ebenfalls keine Repräsentation im Abgeordnetenhaus hatte, brachte es auf 13,93 Prozent beziehungsweise 40 Abgeordnete. Die linke IU (Izquierda Unida), die zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Vertretern unter dem Namen Unidad Popular antrat, konnte lediglich zwei Mandate erlangen und verlor somit neun ihrer zuvor elf Parlamentssitze.

Bereits am Wahlabend war abzusehen, dass die Regierungsbildung mit in der spanischen Demokratie bis dahin unbekannten Hindernissen verbunden sein würde, da die Lager sich auf einer Links-Rechts-Achse nahezu unversöhnlich gegenüberstanden. Hinzu kam noch das Problem der Sezessionsbestrebungen in Katalonien, das die Parteien entzweite. Zudem wirkten sich zahlreiche Korruptionsskandale, mehrheitlich in den Reihen der regierenden PP, negativ auf das Klima zwischen den Parteien aus. Dieser Eindruck sollte sich in den folgenden Monaten bestätigen, obwohl politische Beobachter zwischendurch mehrmals eine nahe Regierungsbildung auch im Sinne der politischen Verantwortung in Zeiten der Instabilität kommen sahen. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht, und der katalanische Journalist *Enric Juliana* stellte bereits früh bezüglich der schwierigen Regierungsbildung aufgrund nie dagewesener Mehrheitsverhältnisse bildhaft fest: „Wir befinden uns in Gewässern, die bisher niemals besegelt wurden.“²

Nachdem *Mariano Rajoy* Ende Januar 2016 aufgrund mangelnder Unterstützung durch die anderen Parteien verkündet hatte, sich vorerst nicht für das Amt des Ministerpräsidenten zur Verfügung zu stellen, wie es bis dahin für den Kandidaten des Wahlsiegers üblich war, erklärte PSOE-Generalsekretär *Pedro Sánchez* sich gegenüber König *Felipe VI.* dazu bereit, eine alternative Regierungsmehrheit zu suchen und in der Amtseinführungsdebatte³ zur Wahl zu stellen. Durch diese Initiative konnte *Sánchez* zunächst die starken innerparteilichen Konflikte verstummen lassen, die den Sozialdemokraten nach der Wahl stark zuge-setzt hatten. Auf Basis von fünf zentralen Themen wurden nun programmatische Gemeinsamkeiten beziehungsweise Kompromisse mit Ciudadanos und Podemos gesucht; eine mögliche große Koalition mit der PP schloss *Sánchez* von vornherein aus. Die fünf Pfeiler, um die sich die Verhandlungen drehten, waren Wirtschafts-, Sozial- und Europapolitik, Korruptionsbekämpfung und eine Reform der Verfassung.

Wie Beobachter treffend feststellten, hatte *Sánchez* die „Quadratur des Kreises“ vor sich.⁴ So war er zum einen aufgrund des internationalen Drucks und durch Ciudadanos

2 *Enric Juliana*, El dilema de las dos izquierdas, in: La Vanguardia online vom 14. Januar 2016, <http://www.lavanguardia.com/politica/20160114/301386942879/el-dilema-de-las-dos-izquierdas.html> (Abruf am 15. Januar 2016).

3 Nach einer Sondierungsrunde mit den im Abgeordnetenhaus sitzenden Parteien ruft der spanische König das Datum der Amtseinführungsdebatte aus, falls er einen geeigneten und aussichtsreichen Kandidaten auf den Posten des Ministerpräsidenten gefunden hat. Die Debatte umfasst eine Sitzung, in der der Kandidat sein Regierungsprogramm darlegt, sowie maximal zwei Abstimmungen. Sollte der Kandidat in der ersten Abstimmung keine absolute Mehrheit erlangen, reicht in der zweiten Abstimmung eine relative Mehrheit. Erreicht er auch diese nicht, gilt er als vom Abgeordnetenhaus abgelehnt.

4 Unter vielen Kommentatoren, die diese Formulierung gebrauchten, beispielhaft: *Natalio Blanco*, Cervantes, Pedro Sánchez y la cuadratura del círculo, in: Diario 16 online vom 3. Februar 2016, <http://diario16.com/cervantes-pedro-sanchez-y-la-cuadratura-del-circulo/> (Abruf am 4. Februar 2016).

dazu angehalten, programmatisch eine ökonomisch gemäßigte Agenda zu verfolgen und zum anderen die im Stile der zentraleuropäischen Austeritätspolitik durchgeführten Maßnahmen der bisherigen Regierung zurückzufahren, die die Arbeitnehmerrechte beschnitten und zu sozialen Verwerfungen geführt hatten.

In der Folge entwickelte sich eine starke Konfrontation zwischen Ciudadanos und Podemos, indem beide Parteien der PSOE unmissverständlich klar machten, dass sie sich zwischen ihnen zu entscheiden habe, da sie keine programmatischen Gemeinsamkeiten besäßen. So machte Podemos der PSOE ein Koalitionsangebot, das bereits die Besetzung diverser Ministerposten durch ihre Politiker sowie die Position des Vizepräsidenten durch ihren Generalsekretär *Pablo Iglesias* vorsah und insbesondere wirtschaftliche und institutionelle Vorstellungen vertrat, denen die PSOE aufgrund ihres Selbstverständnisses als staatstragende Partei nicht zustimmen konnte; hingegen ging Ciudadanos mit ihrem Ansatz des „europäischen Reformismus“ wesentlich stärker auf die Sozialdemokraten zu. Die Formation um *Albert Rivera* vertrat die Ansicht, dass die Regierungsfähigkeit Spaniens absolute Priorität haben müsse. Folgerichtig kam es schließlich zu einem 66 Seiten umfassenden Pakt zwischen Ciudadanos und der PSOE, der neben umfangreichen institutionellen Vorhaben wie einer Verfassungsreform auch eine Verbesserung der Situation der von der Krise am meisten betroffenen ärmsten Teile der Bevölkerung vorsah.⁵ Dennoch wurde er sowohl von der linken als auch von der rechten Seite des politischen Spektrums aus unterschiedlichen Gründen kritisiert. Während Podemos ihn als neoliberalen Pakt im Interesse der im spanischen Aktienindex IBEX35 vertretenen Unternehmen anprangerte, wurde er auch von der PP grundlegend abgelehnt. Diese Haltung zeigte sich in den beiden Amtseinführungsdebatten am 2. und 4. März 2016, die von einem rauen Ton geprägt waren, der insbesondere von *Pablo Iglesias* ausging. Da bis auf die Abgeordnete der Coalición Canaria und der PSOE- und Ciudadanos-Parlamentarier alle anderen Parteien gegen *Pedro Sánchez* als zukünftigen Ministerpräsidenten Spaniens stimmten, scheiterte seine Amtseinführung mit 131 Ja- gegen 219 Nein-Stimmen in der zweiten Abstimmung endgültig.

Auch nach ihrem Nein bot Podemos der PSOE Verhandlungen um einen Pakt an, den sie nach der Regierung in der Valencianischen Gemeinschaft, in der die PSOE zusammen mit den linken Regionalisten von Compromís unter Tolerierung von Podemos regieren, „pacto a la valenciana“ nannten. Dabei war die Haltung von Podemos auch innerparteilich nicht unumstritten. So kam es zu einer internen Debatte zwischen *Iglesias* und seiner gemäßigteren „Nummer Zwei“ *Iñigo Errejón*, die in der Folge von den Medien zu einem Kampf zwischen den so genannten „Pablistas“ und „Errejonistas“ hochstilisiert wurde und schließlich sogar zur Entlassung des Organisationsverantwortlichen von Podemos und *Errejón-Vertrauten*, *Sergio Pascual*, führte.⁶

In den folgenden knapp zwei Monaten beherrschten vor allem zwei Themen die öffentliche Debatte: welche Partei Schuld an dem Scheitern der Regierungsbildung hatte und ob Podemos sich mit der Vereinigten Linken zu einer Wahlallianz zusammenschließen würde, was ihr in den Augen vieler Beobachter ganz neue Möglichkeiten eröffnen würde. Schließ-

5 Vgl. PSOE / Ciudadanos, Acuerdo para un Gobierno de progreso y reformista, <http://www.psoe.es/media-content/2016/02/acuerdo-gobierno-reformista-y-de-progreso-2016.pdf> (Abruf am 24. Februar 2016).

6 Vgl. *Álvaro Carvajal*, Pablo Iglesias fulmina a Sergio Pascual, mano derecha de Errejón, in: El Mundo online vom 16. März 2016, <http://www.elmundo.es/espana/2016/03/15/56e8904b22601d160c8b466d.html> (Abruf am 17. März 2016).

lich stellten sich Podemos und IU am 26. Juni als Unidos Podemos („Vereint können wir“) zur Wahl.

Zuvor hatte die Podemos-Parteiführung zur Absicherung der eigenen Position die Mitglieder über eine Unterstützung des Paktes von PSOE und Ciudadanos abstimmen lassen. Mit einer Ablehnung von 88,23 Prozent der Stimmen waren alle Optionen einer Regierungsbildung ausgeschöpft, so dass König *Felipe VI.* am 3. Mai 2016 das Dekret zum Aufruf der Wahlen am 26. Juni 2016 unterzeichnete, die den spanischen Staat laut Schätzungen etwa 180 Millionen Euro kosteten.⁷

Seit den Wahlen vom 20. Dezember 2015 war eine auffallende Schwerfälligkeit der geschäftsführenden Regierung um *Mariano Rajoy* auszumachen gewesen. Dies betraf die deutliche Reduzierung der Regierungstätigkeit, was sich unter anderem an der Abwesenheit Spaniens beim Atomsicherheitsgipfel am 31. März und 1. April in Washington zeigte, die mit dem limitierten Handlungsspielraum des Landes erklärt wurde. Zudem ignorierte die Regierung weitgehend parlamentarische Debatten und Anfragen, so dass in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses kein Mitglied der Regierung mehr anwesend war. Selbst König *Felipe VI.* musste bereits zuvor geplante Reisen unter anderem nach Japan, Südkorea, Großbritannien und Saudi-Arabien absagen.⁸ Zudem wurden durch die politische Unsicherheit die Wirtschaftswachstumsprognosen gesenkt.⁹

2. Der Wahlkampf

2.1. Allgemeine Stimmungslage

Nicht zuletzt aufgrund der misslungenen Regierungsbildung stellten Meinungsforscher im Vorfeld der Wahlen eine große Unzufriedenheit mit der politischen Situation in der Bevölkerung fest. So hielten im Wahlmonat Juni 2016 laut einer Umfrage des staatlichen Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS) 79,2 Prozent der Befragten die politische Situation für schlecht oder gar sehr schlecht, 47,1 Prozent sahen sie sogar negativer als vor noch einem Jahr. Ähnlich fiel die Beurteilung der spanischen Wirtschaftslage aus: 67,9 Prozent waren mit ihr unzufrieden.¹⁰ Dies konnte als klare Botschaft an die Politik verstanden werden, die politische Blockade zu überwinden und zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes beizutragen. Gleichzeitig war in Zeiten internationaler Krisen eine zunehmende Europa-Skepsis in der traditionell europa-freundlichen Bevölkerung festzustellen. So ergab eine Umfrage des Pew Research Center anlässlich des damals schon drohenden

7 Vgl. *Pedro M. Puerta*, Repetir las elecciones costaría más de 180 millones de euros, in: lainformacion.com vom 4. März 2016, http://noticias.lainformacion.com/elecciones-generales-2015/Repetir-elecciones-costaria-millones-euros_0_895411856.html (Abruf am 5. März 2016).

8 Vgl. *Paloma Esteban*, Una semana para el fin del bloqueo: el Rey recuperará su agenda si se confirma el 26-J, in: El Confidencial online vom 25. April 2016, http://www.elconfidencial.com/elecciones-generales/2016-04-25/una-semana-para-el-fin-del-bloqueo-el-rey-recuperara-su-agenda-tras-anunciar-el-26-j_1188743/ (Abruf am 26. April 2016).

9 Vgl. *Amanda Mars*, El FMI rebaja sus previsiones para España por primera vez desde 2013, in: El País online vom 13. April 2016, http://economia.elpais.com/economia/2016/04/12/actualidad/1460433025_391010.html (Abruf am 14. April 2016).

10 Vgl. Centro de Investigaciones Sociológicas, Barómetro de Junio 2016. Avance de resultados, http://datos.cis.es/pdf/Es3142mar_A.pdf (Abruf am 2. Juni 2016).

Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union, dass 49 Prozent der Bevölkerung ein negatives Bild der EU hatten.¹¹ Gleichzeitig halten viele in Zeiten der Krise an bewährten spanischen Institutionen wie dem König fest. So erzielte dieser eine hohe Zustimmungsrates von 73 Prozent und gilt insbesondere unter älteren Spaniern als nahezu unangefochten.¹²

2.2. Die Wahlkampagnen der Parteien

Trotz vorheriger Kampagnen begann der Wahlkampf offiziell am 10. Juni. Zuvor hatte es Verhandlungen unter den vier größten Parteien über eine Reduzierung der Wahlkampfkosten gegeben. Jede Partei bekommt eine Zuwendung vom Staat, die sich nach der Anzahl der Sitze in Abgeordnetenhaus und Senat sowie der Anzahl der Stimmen bei der letzten Wahl für die beiden Kammern berechnet. Jedoch auch in dieser Frage konnten sich die Verantwortlichen nicht einigen, so dass die staatliche Finanzierung unverändert beibehalten wurde.¹³

Obwohl sich spanische Wahlkampagnen traditionell sehr auf innenpolitische Angelegenheiten konzentrieren, spielte diesmal auch die Sanktionsandrohung der EU-Kommission eine Rolle, die eine Reduzierung des spanischen Haushaltsdefizits um acht Milliarden Euro binnen eines Jahres verlangte, so dass befürchtet wurde, dass das Land bei Nichteinhaltung mit einer empfindlichen Geldstrafe belegt werden würde. Diese wurde schließlich mit Rücksicht auf die Wahl nicht verhängt und auf einen möglichen späteren Zeitpunkt verschoben.¹⁴

Wie in der Kampagne zur Dezemberwahl spielten 2016 die unterschiedlichen Wahlprogramme eine eher untergeordnete Rolle. Lediglich Podemos bekam große Aufmerksamkeit, da sie ihr Programm in Form eines Ikea-Kataloges veröffentlichte. Ansonsten wurden politische Inhalte eher wenig diskutiert. Im Gegensatz dazu war die öffentliche Debatte stark von der Persönlichkeit der Kandidaten und von gegenseitigen Feindbildern geprägt.

Die PP versuchte sich als Fels in der Brandung in Zeiten stürmischer Gewässer und als Garant einer guten wirtschaftlichen Entwicklung zu inszenieren. Dies stellte sie dem vermeintlichen Radikalismus von Podemos gegenüber und führte gegen diese eine stark polarisierende Angst- und Risikokampagne. Der Politologe *Fernando Vallespín* brachte dies auf den Punkt: Die PP habe wie Podemos die auf Konfrontation setzende Ideologie der belgischen Politologin *Chantal Mouffe* übernommen, nach dem Motto „Definiere klar den

11 Diese Einschätzung ähnelt jener der Deutschen (48 Prozent). Vgl. *Bruce Stokes*, Euroskepticism Beyond Brexit – Significant Opposition in Key European Countries to an Ever Closer EU, Pew Research Center, 7. Juni 2016, <http://www.pewglobal.org/2016/06/07/euroskepticism-beyond-brexit/> (Abruf am 7. Juni 2016).

12 Vgl. *Miquel Alberola*, La imagen del rey se refuerza en medio del descrédito de la política, in: El País online vom 18. Juni 2016, http://politica.elpais.com/politica/2016/06/17/actualidad/1466172792_443217.html (Abruf am 19. Juni 2016).

13 Vgl. *Raúl Piña*, Los partidos fracasan en su intento de llegar a un acuerdo para reducir gastos electorales, in: El Mundo online vom 12. Mai 2016, <http://www.elmundo.es/espana/2016/05/11/57330dc9468aebd6068b45dd.html> (Abruf am 12. Mai 2016).

14 Mittlerweile wird von der Europäischen Kommission eine Haushaltseinsparung von jeweils 5,5 Milliarden Euro für die Jahre 2017 und 2018 verlangt.

Feind und kümmere dich nicht um die Anderen“.¹⁵ Gleichzeitig betonte die PP die ökonomische Erholung Spaniens im Vergleich zur Situation bei *Rajoy's* Amtsübernahme im Jahr 2011, als das Land am wirtschaftlichen Abgrund gestanden habe. Interessanterweise richtete sich die PP gelegentlich gegen die gesamte Linke, als die sie nicht nur Podemos und die PSOE verstand, sondern auch Ciudadanos, die eher als zentristisch einzuschätzen ist. Damit versuchte die PP, die im Mitte-rechten Spektrum anzusiedelnden Wähler zu überzeugen, dass nur sie erfolgreich ihre Interessen vertreten könne. Zudem wurden die zahlreichen Korruptionsskandale, die die Partei betreffen, ausgespart oder nur am Rande erwähnt. Im Endspurt der Kampagne drohte eine Angelegenheit um den Innenminister *Fernández Díaz* die demonstrativ nach außen getragene Harmonie innerhalb der Partei noch zu stören. Dessen Telefon war abgehört worden, als er sich mit dem Chef der katalanischen Antikorruptionsbehörde darüber beriet, wie man namhafte Politiker der dortigen Unabhängigkeitsbewegung der Korruption überführen könne.¹⁶ Dieser Skandal trat jedoch nach dem Brexit am 23. Juni 2016 klar in den Hintergrund.

Die PSOE wollte mit einem gegen Ungleichheit und Ausbeutung gerichteten Programm die Wähler des linken und zentristischen Spektrums überzeugen. Zudem hob sie die Errungenschaften der *Zapatero*-Ära von 2004 bis 2011 hervor, die besonders im Bereich der Bürgerrechte anzusiedeln sind. *Zapatero* hatte in seiner ersten Amtszeit zum Beispiel die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt. So begann die PSOE-Kampagne offiziell auf dem Madrider Platz *Petro Zero*. Der 2015 verstorbene *Zero* war ein führender Vertreter der spanischen LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender)-Bewegung. Gleichzeitig reaktivierte *Pedro Sánchez* für sein Schattenkabinett bewährte Altminister wie *Josep Borrell* und *Margari Robles*, um ein Bild der Seriosität und Glaubwürdigkeit zu vermitteln. Im Gegensatz zur PP kämpfte PSOE mit innerparteilichen Querelen, die sie jedoch bis zur Wahl am 26. Juni 2016 zu überspielen versuchte. Da zu befürchten war, dass sie als stärkste Kraft im linken Parteienspektrum durch Unidos Podemos abgelöst werden könnte, bemühte sich die PSOE, auf Distanz zu dieser zu gehen und das Bündnis als ideologisch unbeständig und unglaublich darzustellen. Anders als die PP, die sich in ihrem Wahlkampf vor allem auf ländliche, kleinere Ortschaften konzentrierte, sprachen die Sozialdemokraten gezielt die Wähler in den urbanen Räumen an, wo sie bei den Wahlen am 20. Dezember 2015 stark verloren hatten. Eine oft von *Rajoy* ins Gespräch gebrachte große Koalition nach deutschem Vorbild lehnten sie ab. *Sánchez* begründete dies nach einem Treffen mit SPD-Chef *Sigmar Gabriel* damit, dass Spanien nicht mit Deutschland und *Rajoy* nicht mit *Angela Merkel* vergleichbar sei.¹⁷

Unidos Podemos, die Wahlallianz aus Podemos, IU sowie 14 weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien oder Plattformen setzte wie die PP stark auf Konfrontation und vertrat verbal zunächst den populistischen Anti-Eliten-Diskurs, der Podemos lange Zeit ausgezeichnet hat. Im Wahlkampf ab dem 10. Juni 2016 hatte das Bündnis allerdings

15 Vgl. *Fernando Vallespin*, Fobocracia a la española, in: El País online vom 26. Mai 2016, http://politica.elpais.com/politica/2016/05/26/actualidad/1464277176_704990.html (Abruf am 26. Mai 2016).

16 Vgl. „Jorge Fernández Díaz: ‘Lo ideal es si eso está en el juzgado y sale’“, in: El País online vom 23. Juni 2016, http://politica.elpais.com/politica/2016/06/22/actualidad/1466609687_643378.html (Abruf am 23. Juni 2016).

17 Vgl. *Luis Doncel*, Sánchez explica en Berlín su rechazo a la gran coalición: “Rajoy no es Merkel”, in: El País online vom 19. Mai 2016, http://politica.elpais.com/politica/2016/05/18/actualidad/1463585244_135305.html (Abruf am 19. Mai 2016).

Schwierigkeiten, diese Ausrichtung kohärent durchzuziehen, was vor allem an seiner Heterogenität lag. So gehörten zur Allianz sowohl kommunistische Vertreter, die aus dem Euro, der EU sowie der NATO austreten und die spanische Monarchie abschaffen wollen, als auch moderatere Flügel, die sich eher in der Sozialdemokratie verortet sehen. Zudem stellten Podemos und IU jeweils eigene Wahlprogramme vor und ihre Akteure traten teilweise voneinander getrennt auf. Gleichzeitig wurden zahlreiche Veteranen der spanischen Linken für den Wahlkampf rekrutiert. Hier sind vor allem *Julio Anguita*, langjähriger Vorsitzender der IU und ikonische Figur in weiten Teilen des Linksaußen-Spektrums, sowie *Diego Cañamero*, Chef der kommunistischen andalusischen Arbeitergewerkschaft (SAT), zu nennen. Auch dieser Schachzug wurde teilweise von gemäßigten Vertretern der Wahlallianz ungern gesehen. Um die vermeintliche Popularität der linken Bürgermeister von Barcelona (*Ada Colau*), Valencia (*Joan Ribó*) oder Zaragoza (*Pedro Santisteve*) auszunutzen, nahmen diese ebenfalls aktiv am Wahlkampf von Unidos Podemos teil. Ziel dieser Strategie war es, das Bild eines mehrheitsfähigen Wandels zu vermitteln, der nicht nur auf einer Person und einer Ideologie aufbaut, sondern von weiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen wird, die der Wunsch nach Veränderung eine. Dies ging so weit, dass Unidos Podemos, untypisch für die spanische Linke, gar auf die Stimme der katholischen Wähler zielte, indem in zahlreichen Reden und Statements *Papst Franziskus* als moralische Referenz genannt wurde.¹⁸

Ciudadanos war bestrebt, sich als Partei der Mitte zu inszenieren, die als Bindeglied der sich anscheinend unversöhnlich gegenüberstehenden Lager fungieren möchte. Die Partei um *Albert Rivera*, die bezüglich der wirtschaftlichen Ausrichtung gemeinhin eine rechte Politik und gleichzeitig eine in Spanien eher mit der Linken assoziierte Wertliberalität verfolgt und somit als Hybrid eine Sonderrolle mit geringer Tradition im Parteiensystem darstellt, versuchte folglich, Wähler links wie auch rechts der Mitte anzusprechen und sich als Schlüssel der Regierungsfähigkeit darzustellen. Dabei war sie stark auf ihren charismatischen und dynamischen Vorsitzenden *Rivera* ausgerichtet, der neben der katalanischen Ciudadanos-Chefin *Inés Arrimadas* der einzige weiten Bevölkerungsteilen bekannte Politiker der Formation ist. Für starke Polemik im Vorfeld sorgte seine Reise nach Venezuela, mit der er der dortigen Opposition seine Unterstützung zeigen wollte. Da führende Mitglieder von Podemos früher der venezolanischen Regierung beratend zur Seite standen, wurde dies als Wahlkampf-Akt aufgenommen, um Podemos mit dem Chavismus gleichzusetzen, wie dies auch Politiker anderer Parteien und Meinungsmacher versuchten.¹⁹

Eine überraschend geringe Rolle spielte der katalanische Separatismus, der außerhalb der Region selten erwähnt wurde, so zum Beispiel bei der einzigen TV-Debatte zwischen den Spitzenkandidaten der vier größten Parteien am 13. Juni. Auch die in Deutschland so präsente Flüchtlingsproblematik war kein Thema. Dies liegt vor allem daran, dass Spanien kein Zielland von Flüchtlingen ist, und zum anderen an der schleppenden Aufnahmepraxis der spanischen Zentralregierung bezüglich der 17.000 Flüchtlinge, die bis Ende 2017 ge-

18 Vgl. *Francesco Manetto / Elsa García de Blas*, El partido de Iglesias hace equilibrios para no perder el voto católico, in: El País online vom 1. Juni 2016, http://politica.elpais.com/politica/2016/05/31/actualidad/1464723331_014222.html (Abruf am 10. Juni 2016).

19 So schrieb der Journalist *Gonzalo Cortizo* auf der linken Internetseite eldiario.es am 18. Mai 2016: „Venezuela entwickelt sich zur Hauptstadt der spanischen Vorwahlkampagne.“, http://www.eldiario.es/politica/Venezuela-convierte-capital-precampa-pana-espanola_0_517249048.html (Abruf am 19. Mai 2016).

maß Aufteilung nach Spanien kommen sollen. So rechneten Journalisten von Eldiario.es aus, dass es bei dem jetzigen Tempo noch 36 Jahre dauere, bis Spanien die versprochene Flüchtlingszahl aufgenommen habe.²⁰

3. Das Wahlergebnis

3.1. Das spanische Wahlsystem

Obwohl in Spanien auf nationaler Ebene gewählt wird, setzt sich das Endergebnis aus 52 Einzelwahlen zusammen, aus denen 350 Abgeordnete hervorgehen. Jede der 50 Provinzen Spaniens sowie die beiden nordafrikanischen Exklaven Ceuta und Melilla bilden einen Wahlkreis. In jedem Wahlkreis wird eine bestimmte Zahl von Abgeordneten gewählt, wobei diese stark variieren kann. Idealtypisch wäre eine Verteilung proportional zur Bevölkerungsgröße. Tatsächlich sind jedoch bevölkerungsarme und ländliche Provinzen in diesem System deutlich bevorteilt, während städtische und bevölkerungsreiche stark benachteiligt werden. So ist die Anzahl der Stimmen, die ein Abgeordneter benötigt, um einen Sitz zu erlangen, von Provinz zu Provinz unterschiedlich. Die auch in der Presse gern genannten Extrembeispiele sind Soria und Madrid: Während in Soria die PSOE am 20. Dezember 2015 lediglich 12.280 Stimmen für einen Sitz benötigte, konnte Unidad Popular, das Wahlbündnis von IU und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit 189.265 Stimmen im Wahlkreis Madrid lediglich zwei Mandate erlangen.²¹ Eine Begründung für dieses System ist, dass die parlamentarische Mehrheitsbildung erleichtert werden soll. Insbesondere die traditionellen Parteien des Bipartidismo, PP und PSOE, sowie nur in bestimmten Provinzen antretende Regionalparteien wie Democracia i Libertat (DiL), Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) oder Partido Nacionalista Vasco (PNV) können davon profitieren.

Zur Ermittlung der Zahl der Parlamentssitze für jede Partei in den jeweiligen Provinzen wird das D'Hondt-Verfahren angewandt. Dieses bewirkt in großen Provinzen wie Madrid oder Barcelona eine nahezu proportionale Aufteilung der Mandate auf die gewählten Parteien. In kleineren Provinzen allerdings bringt es mit sich, dass sehr hohe Prozentsätze verlangt werden, um die Hürde für einen Abgeordneten zu überschreiten.

Für den Senat verstärkt sich die Desproportionalität des Wahlsystems zusätzlich. In jeder Festlandprovinz werden vier Senatoren gewählt, auf den größeren Inseln Gran Canaria, Mallorca sowie Teneriffa je drei und auf den kleineren Inseln Fuerteventura, Gomera, Hierro, Ibiza, Lanzarote, La Palma und Menorca sowie in den nordafrikanischen Exklaven Ceuta und Melilla je ein Senator.²²

20 Vgl. *Belén Picazo / Patricia Ruiz*, El 70% de los refugiados reubicados y reasentados en España llegaron en el mes previo al 26J, in: eldiario.es vom 22. Juli 2016, http://www.eldiario.es/desalambre/Refugiados-reubicados-reasentados-Espana_0_539646410.html (Abruf am 23. Juli 2016).

21 Vgl. Ministerio del Interior de España, Elecciones Generales 2015, Comunidad de Madrid, 21. Dezember 2015, <https://resultadosgenerales2015.interior.es/congreso/#/ES201512-CON-ES/ES/CA13> (Abruf am 20. Mai 2016).

22 Vgl. *Dieter Nohlen / Andreas Hildenbrand*, Spanien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Ein Studienbuch, Wiesbaden 2005, S. 263 ff.

3.2. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus (Congreso de los Diputados) am 26. Juni 2016

Tabelle 1: Ergebnis der Wahl zum Congreso de los Diputados am 26. Juni 2016

Partei/Allianz	Stimmen in Prozent	Sitze	Differenz zur Vorwahl	Stimmen insgesamt	Stimmen pro Sitz
PP	33,03	137	+14	7.906.185	57.709
PSOE	22,66	85	-5	5.424.709	63.820
Unidos Podemos*	21,10	71	±0	5.049.734	71.123
Ciudadanos	13,05	32	-8	3.123.769	97.618
ERC	2,63	9	±0	629.294	69.922
CDC**	2,01	8	±0	481.839	60.230
PNV	1,20	5	-1	286.215	57.243
EH Bildu	0,77	2	±0	184.092	92.046
CCa	0,33	1	±0	78.080	78.080

Abkürzungen: PP = Partido Popular, PSOE = Partido Socialista Obrero Español, ERC = Esquerra Republicana de Catalunya, CDC = Convergencia Democrática de Catalunya, PNV = Partido Nacionalista Vasco, EH Bildu = Euskal Herria Bildu, CCa = Coalición Canaria.

* Unidos Podemos ist die Wahlallianz von Podemos, Izquierda Unida sowie 14 weiteren Parteien, Organisationen und Plattformen. Hier sind zudem die regionalen Bündnisse En Comú Podem (Katalonien), En Marea (Galizien) und A la Valenciana (Valencianische Gemeinschaft) zusammengefasst. IU (Izquierda Unida) hatte bei den Wahlen am 20. Dezember 2015 zwei Sitze erlangen können, diese werden hier zu den 69 Sitzen von Podemos hinzugezählt.

** CDC trat bei der vorherigen Wahl als Democracia i Libertat (DiL) an.

Quelle: Ministerio del Interior de España; eigene Darstellung.

Insgesamt waren 36.518.100 Spanier aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Mit 69,84 Prozent lag die Beteiligung im Vergleich zu den vorherigen Wahlen deutlich niedriger (73,2 Prozent). Diese Veränderung war von politischen Beobachtern erwartet worden. Es ist davon auszugehen, dass vor allem die PP von diesem Umstand profitieren konnte, da sie auf ein altes Elektorat zählen kann, das mit großer Disziplin zur Wahl geht. Die PP gilt auch als große Gewinnerin der Wahl. So konnte sie als einzige der vier großen Parteien sowohl in Stimmen als auch in Sitzen zulegen.

Auch wenn die PSOE das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielte und im Vergleich zum bereits katastrophalen Wahlergebnis vom Dezember weitere fünf Sitze verlor und Ciudadanos ebenfalls starke Verluste verkraften musste, ist Unidos Podemos als Verlierer der Wahl einzuschätzen. Ihr Ziel, die erste linke Alternative im spanischen Parteiensystem zu werden, wurde deutlich verfehlt.

Das Mandat für eine Regierungsbildung durch die PP fiel diesmal wesentlich deutlicher aus als noch bei der Dezemberwahl. Zusammen mit Ciudadanos kommt sie auf insgesamt 169 Sitze, wodurch sie dennoch auf weitere Unterstützung angewiesen war, um die Amtseinführung *Mariano Rajoy*s sicherzustellen.

Erwähnenswert ist die in der Tabelle nicht angegebene Tierschutzpartei PACMA, die mit 1,19 Prozent mehr Stimmen als die baskische PNV bekam. Da die PACMA jedoch in allen Wahlkreisen angetreten war und die PNV nur in den drei baskischen Provinzen, wirkt sich hier das spanische Wahlsystem aus, das große sowie lediglich regional antretende Parteien bevorzugt.

Unter den vier großen Parteien war wie erwartet die PP Hauptprofiteurin des Wahlsystems. Am meisten benachteiligt war diesmal Ciudadanos, die fast 40.000 Stimmen mehr als die PP für einen Sitz im spanischen Abgeordnetenhaus benötigen.

Bereits am Wahlabend wurde darüber diskutiert, warum Unidos Podemos ein solch schwaches Resultat eingefahren hatte. Die Partei war in den Umfragen zuvor deutlich stärker eingeschätzt worden, und etliche Experten sahen die Wachablösung der PSOE durch Unidos Podemos in der Linken bereits als gegeben an. In den folgenden Tagen kristallisierte sich bei Vielen die Meinung heraus, dass vor allem der drei Tage zuvor stattgefundene Brexit das Wahlergebnis beeinflusst hatte. So sorgte die Entscheidung der Briten, die Europäische Union in naher Zukunft zu verlassen, für eine große Verunsicherung bei den Bürgern, die anscheinend stark mit dem Stabilitätsdiskurs der PP korrelierte. Da diese im Wahlkampf oft an das so genannte „voto útil“ (die „nützliche Stimme“) appelliert hatte und damit vor allem die Ciudadanos-Wähler ansprechen wollte, kann auch die Partei um *Albert Rivera* als Leidtragende der instabilen politischen Situation angesehen werden. In einer Nachwahlumfrage des Instituts Metroscopia gaben 14 Prozent der Befragten an, dass das Votum der Briten sie in ihrer Wahlentscheidung beeinflusst habe. Deutlich am geringsten war dieser Anteil mit sechs Prozent unter den Wählern von Unidos Podemos, überdurchschnittlich hoch bei PP und Ciudadanos. Dies spricht für die These, dass der Brexit zumindest in geringem Maße zu Gunsten der Parteien des rechten Parteienspektrums gewirkt hat.²³

Tabelle 2: Wählerwanderung zwischen den Wahlen vom 20. Juni 2015 und 26. Juni 2016 (in Prozent)

		Wahl 2016				
		PP	PSOE	Unidos Podemos	Ciudadanos	Nichtwähler
Wahl 2015	PP	86	1	0	3	9
	PSOE	3	76	5	3	12
	Podemos	1	6	74	2	15
	Ciudadanos	20	4	2	56	16
	IU	1	19	60	2	15

Abkürzungen: vgl. Tabelle 1.

Quelle: Nachwahlumfrage von Metroscopia, durchgeführt zwischen dem 29. Juni und 4. Juli 2016; eigene Darstellung.

Daten zur Wählerwanderung (vgl. Tabelle 2) bestätigten die Annahme, dass die PP über die treueste Wählerschaft verfügt. So haben 86 Prozent der Wähler, die am 20. Dezember 2015 die PP wählten, am 26. Juni 2016 ihr Kreuz wieder bei ihr gemacht, und lediglich neun Prozent sind in das Nichtwählerlager gewechselt. Außerdem ist nur eine sehr geringe Wählerwanderung zu anderen Parteien zu verzeichnen. Frühere PSOE-Wähler haben sich hingegen in deutlich größerem Anteil für andere Optionen entschieden. Insbesondere Unidos Podemos konnte hiervon profitieren. Dies gleicht sich jedoch durch den Zustrom der Wähler von Unidos Podemos zur PSOE mehr als aus. Insbesondere Wähler von IU haben sich von der Allianz mit Podemos anscheinend nicht gut vertreten gefühlt und sind in großer Zahl (19 Prozent der Wähler vom 20. Dezember) zur PSOE übergewechselt. Die Allianz

²³ Vgl. „Opinión tras las elecciones del 26-J“, in: El País online vom 10. Juli 2016, http://elpais.com/elpais/2016/07/10/media/1468169139_869059.html (Abruf am 11. Juli 2016).

um *Pablo Iglesias* hat hinter Ciudadanos den zweithöchsten Anteil vorheriger Wähler in das Nichtwählerlager verloren. 44 Prozent der Spanier, die sich bei der Dezemberwahl für Ciudadanos entschieden hatten, haben diese Entscheidung nicht wiederholt. Ganze 20 Prozent von ihnen sind in das PP-Lager gewechselt. Es verdichtet sich somit der Eindruck, dass die Volatilität bei den neuen Parteien höher ist.

3.3. Die Wahlen zum Senat (Senado) am 26. Juni 2016

Parallel zum Abgeordnetenhaus wurde mit dem Senat das Oberhaus der Cortes Generales gewählt. Diesem wird von Beobachtern deutlich weniger Bedeutung als dem Kongress beigemessen, und seine Zusammensetzung geht an Wahlenden und auch in späteren Analysen häufig unter.

Der Senat wird wie das Abgeordnetenhaus alle vier Jahre gewählt. Dabei findet jedoch nur eine Direktwahl von 208 der insgesamt 266 Senatoren statt. Weitere 58 werden bereits im Vorfeld von den Autonomen Gemeinschaften ernannt.²⁴ Hier hat sich die PP insbesondere aufgrund des sie begünstigenden Wahlsystems mit einer absoluten Mehrheit deutlich durchgesetzt. Auffallend ist, dass Ciudadanos über keinen gewählten Senator verfügt.

Die Bedeutung, die in der neuen Wahlperiode dem Oberhaus zukommen könnte, wird oftmals von politischen Beobachtern vernachlässigt. Schon häufig wurde der Senat für politisch irrelevant erklärt. Seit geraumer Zeit wird über eine grundlegende Reform debattiert, die ihn zu dem machen soll, was er vorgibt zu sein: die Kammer der „territorialen Repräsentation“²⁵. Am wahrscheinlichsten ist, dass den Autonomen Gemeinschaften im Senat vermehrt Mitspracherecht gegeben wird und nicht wie bisher den Provinzen.

Vereinzelt wurde er auch als „Elefantenfriedhof“ bezeichnet, in den verdiente Politiker in die politische Rente versetzt werden. Aufgrund der Asymmetrie der Kompetenzaufteilung ist der Senat in Zeiten des Bipartidismo in der Tat politisch bedeutungslos, da die Regierungspartei hier in der Regel, bedingt durch das Wahlsystem, über eine absolute Mehrheit verfügen kann.²⁶ Da die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus nun jedoch nicht mehr denen des Bipartidismo entsprechen, gewinnt der Senat an ganz neuer Bedeutung. Somit führt bei grundlegenden Fragen, die in der kommenden Wahlperiode eine wesentliche Rolle spielen werden, an der absoluten Mehrheit der PP kein Weg vorbei.

Artikel 167 der spanischen Verfassung legt fest, dass eine Verfassungsreform zunächst einer Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Kammern bedarf. Werden diese Mehrheiten nicht erreicht und scheitert ein darauf folgender Vermittlungsausschuss aus Senatoren und Abgeordneten, sind immer noch eine absolute Mehrheit des Senats und eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Abgeordnetenhauses gefordert.²⁷ Die PP kann mit ihrer Senatsmehrheit

24 Die 58 von den Autonomen Gemeinschaften ernannten Senatoren teilen sich folgendermaßen auf die Parteien auf: PP – 21 Senatoren; PSOE – 20; Podemos – 7; Ciudadanos – 3; DiL – 2; ERC – 2; PNV – 1; Coalición Canaria/Nueva Canarias – 1; EH Bildu – 1.

25 *Victor Ferreres Comella*, *The Constitution of Spain. A Contextual Analysis*, Oxford 2013, S. 123.

26 Vgl. *Luis B. García*, *El Senado, ante el reto de ser reinventado o suprimido después de 30 años en entredicho*, in: *La Vanguardia online* vom 10. Dezember 2015, <http://www.lavanguardia.com/politica/20151210/30714353528/senado-reforma-suprimir.html> (Abruf am 5. Juli 2016).

27 Die Spanische Verfassung, <https://www.boe.es/legislacion/documentos/ConstitucionALEMAN.pdf> (Abruf am 20. August 2016), S. 51.

somit jegliche Verfassungsreform blockieren. Des Weiteren kann der Senat Untersuchungsausschüsse einsetzen und hat das Ernennungsrecht für vier Mitglieder des Verfassungsgerichts, zehn des obersten Leitungsorgans der Justizgewalt und sechs des Rechnungshofs.²⁸ Darüber hinaus kann die PP eine mögliche Verfassungsreform im Abgeordnetenhaus blockieren, da sie dort über mehr als ein Drittel der Stimmen verfügt.

Tabelle 3: Ergebnis der Wahl zum Senat am 26. Juni 2016

Partei/Allianz	Sitze 2016	Sitze 2015
PP	130	124
PSOE	43	47
Unidos Podemos	16	16
ERC	10	6
PNV	5	6
CDC*	2	6
ASG	1	1
CCa	1	1
Cambio Aldaketa**	–	1

Abkürzungen: vgl. Tabelle 1, ASG = Agrupación Socialista Gomera.

* CDC trat bei der letzten Wahl als Democracia i Libertat (DiL) an und firmiert nun unter dem Namen Partido Demócrata Europeo Catalán (PDECAT).

** Cambio Aldaketa war eine Koalition der Parteien Podemos, Geroa Bai, EH-Bildu und Izquierda-Ezkerria in Navarra zur Senatswahl 2015.

Quelle: Ministerio del Interior de España; eigene Darstellung.

3.4. Wahlverhalten nach Regionen

Die PP konnte in allen 52 Wahlkreisen nach Stimmen zulegen. Sie ist insgesamt gesehen sowohl in den zehn größten Städten als auch in den Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern der Wahlsieger und stärkste Kraft in allen Autonomen Gemeinschaften bis auf das Baskenland und Katalonien, wo sie traditionell eine sekundäre Rolle spielt. In diesen beiden seit Jahrzehnten von Separatismusbewegungen mitgeprägten Regionen konnte Unidos Podemos beziehungsweise die mit ihr verbundene Wahlallianz zur stärksten Kraft aufsteigen, was besonders zu Lasten der dortigen Regionalparteien ging. Damit konnte die linke Formation ihr gutes Wahlergebnis vom 20. Dezember in den Gemeinschaften wiederholen, in denen sie das so genannte „derecho a decidir“ (Recht auf Entscheidung) propagiert, was ein Referendum zum Verbleib im spanischen Staat vorsieht. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Unidos Podemos in allen Provinzen (die Stimmen von IU und Podemos zusammengerechnet) an Rückhalt verlor. Dramatisch fiel dieser Verlust in den größten Wahlkreisen wie in der Gemeinschaft Madrid, der Provinz Barcelona, Sevilla und Valencia aus. Besonders auffallend ist, dass Unidos Podemos vor allem in jenen Städten massive Einbußen hinnehmen musste, wo seit Mai 2015 von ihr unterstützte Wahlallianzen regieren und mit deren Bürgermeistern sie im Wahlkampf aktiv geworben hatte.

28 Vgl. Victor Ferreres Comella, a.a.O. (Fn. 25), S. 122.

Ähnlich erging es Ciudadanos, die lediglich auf den beiden kanarischen Inseln leicht zulegen konnte, ansonsten in allen Wahlkreisen Stimmen verlor, besonders deutlich in Madrid und Barcelona.

Die PSOE hat vor allem in ihrem Stammland Andalusien, in dem sie ihren größten Regionalverband hat, starke Verluste erlitten. Die Präsidentin der Regionalregierung von Andalusien *Susana Díaz*, Dauerrivalin von *Pedro Sánchez*, muss dies als ernsthafte Niederlage und Schwächung der eigenen Position auffassen. Insbesondere die PP profitierte von diesem Wählerschwund. Ihr dortiger Vorsitzender *José Manuel Bonilla* kann als einer der Aufsteiger der Wahlen gelten. Auch in Katalonien und der von der PSOE regierten Gemeinschaft Castilla-La Mancha musste die Partei empfindliche Niederlagen hinnehmen. Als Wahlverlierer gelten zudem die Regionalparteien Partido Nacionalista Vasco (PNV) und Convergencia Democrática de Catalunya (CDC). Insbesondere letztere, lange Zeit aufgrund ihrer Funktion als Mehrheitsbeschaffer mit großem Einfluss in Spanien, steckt auch unter ihrem neuen Namen Partido Demócrata Europeo Catalán (PDECAT) in einer tiefen Krise und hat spätestens seit dem 26. Juni die Rolle des Sprachrohrs der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung im spanischen Abgeordnetenhaus an Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) abgegeben. Sie stellt dort zum ersten Mal seit 1977 keine eigene Gruppe mehr, was auch erhebliche finanzielle Einbußen mit sich bringt. Gegenüber den Wahlergebnissen 2011 haben die Regionalparteien von damals insgesamt 38 Abgeordneten 13 verloren.²⁹

4. Verhandlungen zur Regierungsbildung

Bereits kurz nach der Wahl nahm *Albert Rivera* die Aussage zurück, dass Ciudadanos keine Regierung unter *Mariano Rajoy* akzeptieren würde. Er begründete dies mit dem klaren Votum der Spanier, dem man sich nicht widersetzen dürfe und stellte zumindest die Enthaltung seiner Partei in Aussicht. Auch die PP ging einen Schritt auf mögliche Verhandlungspartner zu und erklärte sich grundlegend zu Gesprächen über die von allen anderen Parteien verlangte Reform der Verfassung bereit. Am 30. Juni begann *Rajoy* mit den ersten Sondierungsrunden, die jedoch ohne nennenswerte Fortschritte hinsichtlich einer Regierungsbildung abgeschlossen wurden. Die lediglich von Ciudadanos avisierte Enthaltung hätte nicht zu einer Amtseinführung *Rajoy*s gereicht. In der Folge herrschte zwischen den Parteien zunächst weitgehende Funkstille.

Die spanische Öffentlichkeit war perplex. Die Tageszeitung *El País* titelte in Anlehnung an den 2001 von argentinischen Demonstranten gegen ihre Regierung skandierten Ausspruch: „¡Que se vayan todos!“ („Haut alle ab!“).³⁰ Ende Juli zeichnete sich eine erste Annäherung zwischen Ciudadanos und der PP ab. So kamen sie überein, dass die Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses von der *Rajoy*-Vertrauten und bisherigen Infrastrukturministerin *Ana Pastor* bekleidet werden solle. Nach starkem Druck durch die anderen Parteien nahm *Rajoy* am 29. Juli die Nominierung für das Ministerpräsidentenamt durch König *Felipe VI.*

29 Da die offizielle Nachwahlbefragung durch das staatliche Umfrageinstitut CIS, die einzige Umfrage, die auf soziostrukturelle Aspekte des Wahlverhaltens eingeht, bis zum Redaktionsschluss dieses Artikels nicht erschienen ist, kann in diesem Artikel nicht darauf eingegangen werden.

30 „Que se vayan todos“, in: *El País* online vom 17. Juli 2016, http://elpais.com/elpais/2016/07/16/opinion/1468690447_317141.html (Abruf am 18. Juli 2016).

an, teilte jedoch gleichzeitig mit, dass er ein Datum für die Amtseinführungsdebatte erst festlegen würde, wenn er auf die nötige Unterstützung zählen könne. Paradoxerweise veränderte auch dies zunächst nicht die Verhandlungsverweigerung von Ciudadanos und der PSOE. Am 10. August stellte Ciudadanos, die von den großen Parteien wohl am ehesten dem Pragmatismus zugeneigt ist, ein Sechs-Punkte-Papier vor, das die PP anzunehmen hatte, bevor man sich mit ihr an den Verhandlungstisch setzen würde. Dieses sah neben der Festlegung von Datum und Uhrzeit der Einführungsdebatte unter anderem mehrere gegen die Korruption gerichtete Maßnahmen sowie die Absicht einer Wahlsystemreform, die Begrenzung des Mandates des Ministerpräsidenten auf zwei Amtsperioden und die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur illegalen Parteifinanzierung der PP vor.³¹ Wisend, dass die meisten der verlangten Maßnahmen einer Verfassungsänderung und somit einer schwer zu erreichenden Zwei-Drittel-Mehrheit im Abgeordnetenhaus bedürfen, stimmte die PP zu, und die Amtseinführungsdebatte sowie die dazugehörigen Abstimmungen wurden auf den 30. August bis 2. September festgelegt. In der Folge handelten PP und Ciudadanos einen 150 Punkte umfassenden Pakt aus³², in dem letztere versicherten, in den Abstimmungen mit Ja zu votieren, jedoch nicht einer von *Rajoy* geführten Regierung beizutreten. Aufgrund der allgemein bekannten Tatsache, dass dies nicht für die erforderlichen Stimmen für eine Amtseinführung reichen würde, stellte die Debatte im Abgeordnetenhaus lediglich die verworrene Lagerbildung und mangelnde Dialog- und Kooperationsfähigkeit der in den Cortes Generales sitzenden Parteien dar. *Rajoy* scheiterte also erwartungsgemäß in beiden Abstimmungen.³³

Aufgrund der am 25. September im Baskenland und in Galizien abgehaltenen Regionalwahlen waren die folgenden drei Wochen von den dort stattfindenden Wahlkämpfen geprägt. Dabei versuchten alle Parteien, interne Diskussionen um die Lösung der politischen Blockade möglichst zu vermeiden. Unterbrochen wurde diese vermeintliche Ruhe nur durch kleinere Skandale wie der schließlich abgewendete Wechsel des ehemaligen Industrieministers *José Manuel Soria* zur Weltbank. Dieser musste Monate zuvor wegen dubioser Konten in Steuerparadiesen zurücktreten.³⁴

Die PP konnte in ihrer Hochburg Galicien mit 47,53 Prozent die absolute Mehrheit erringen und den linken Teil des Parteienspektrums, verkörpert von der PSOE, En Marea (ein regionales Parteibündnis, unterstützt von Podemos und IU) und dem Bloque Nacionalista Galego (BNG), klar hinter sich lassen. Im Baskenland wiederum gingen die Nationalisten der PNV gestärkt aus den Wahlen hervor. Dort wird sich wohl eine Minderheitsregierung des Wahlsiegers formieren.

31 Vgl. *Juan José Mateo*, Rivera pone seis condiciones al PP para negociar el 'sí' a la investidura de Rajoy, in: El País online vom 10. August 2016, http://politica.elpais.com/politica/2016/08/09/actualidad/1470730007_572777.html (Abruf am 10. August 2016).

32 Vgl. Partido Popular / Ciudadanos, 150 compromisos para mejorar España, 28. August 2016; http://estaticos.elmundo.es/documentos/2016/08/28/pacto_150medidas.pdf (Abruf am 30. August 2016).

33 Vgl. *Fernando Garea*, Rajoy pierde la segunda votación de investidura y no hay expectativa de salida hasta octubre, in: El País online vom 3. September 2016, http://politica.elpais.com/politica/2016/09/02/actualidad/1472832339_635560.html (Abruf am 3. September 2016).

34 Vgl. *Javier Casqueiro*, El Gobierno fuerza la renuncia de Soria tras defender su designación, in: El País online vom 7. September 2016, http://politica.elpais.com/politica/2016/09/06/actualidad/1473161192_063355.html (Abruf am 8. September 2016).

Die PSOE hingegen fuhr in beiden Autonomen Gemeinschaften ihr schlechtestes Ergebnis in vier Jahrzehnten ein. In der Folge brachen die Auseinandersetzung um eine mögliche Enthaltung bei einer Amtseinführung von *Rajoy* und der Machtkampf um die zukünftige Parteiführung offen aus. *Pedro Sánchez* intensivierte die Bemühungen, eine alternative Regierungsmehrheit zu *Rajoy* zu formieren, die von seinen innerparteilichen Gegnern³⁵ aufgrund der möglichen Kooperation mit den verschiedenen baskischen und katalanischen Regionalparteien sowie Podemos auch als die „Frankenstein-Amtseinführung“ („investidura frankenstein“) betitelt wurde.³⁶ Das Hauptargument der Gegner war, dass erneute Wahlen im Dezember zu weiteren Verlusten der PSOE und zu einer erneuten Stärkung der PP führen würden und dass die PSOE aufgrund des Fehlens einer durchführbaren Alternative zur PP in der kommenden Wahlperiode eine „nützliche Opposition“ darstellen müsse.³⁷ Nachdem die Parteiführung in dieser Frage in zwei Hälften gespalten war, traten 17 Mitglieder der Föderalen Führung, dem Vorstand der PSOE, zurück, wodurch sie die automatische Entlassung von *Sánchez* als Generalsekretär erreichen wollten. In den folgenden Stunden kam es zu tumultartigen Szenen vor der Parteizentrale der Sozialdemokraten in Madrid. Die politischen Beobachter waren sich einig, dass sich die Partei in der wohl größten Krise in der Geschichte der neueren spanischen Demokratie befinde. Nachdem *Sánchez* auch nicht mehr die Mehrheit des Föderalen Komitees, dem wichtigsten PSOE-Organ zwischen den Parteikongressen, hinter sich vereinen konnte, trat er am 1. Oktober 2016 zurück. Eine Interimsführung um den Präsidenten der Regionalregierung von Asturien *Javier Fernández* übernahm die Parteigeschäfte.³⁸

In den nächsten Wochen kristallisierte sich immer klarer heraus, dass sich die PSOE bei einer erneuten Amtseinführungsdebatte um *Rajoy* enthalten würde. Einen innerparteilichen Konflikt stellte jedoch die Weigerung einiger Abgeordneter dar, die Fraktionsdisziplin einzuhalten. Nachdem das Föderale Komitee am 18. Oktober mit klarer Mehrheit die Enthaltung beschlossen hatte, wurde *Rajoy* am 29. Oktober 2016 in zweiter Abstimmung mit den 170 Ja-Stimmen von PP und Ciudadanos und 68 Enthaltungen aus den PSOE-Reihen erneut zum spanischen Ministerpräsidenten gewählt.³⁹

35 Unter diesen befinden sich neben den Ex-Ministerpräsidenten *Felipe González* und *José Luis Rodríguez Zapatero* unter anderem alle sozialdemokratischen Regionalpräsidenten bis auf *Francina Armengol*, Präsidentin der Balearischen Inseln.

36 „Rubalcaba: un acuerdo con Podemos sería una ‘investidura frankenstein‘“, in: Eldiario.es vom 13. Juli 2016, http://www.eldiario.es/politica/Rubalcaba-acuerdo-Podemos-investidura-frankenstein_0_536847238.html (Abruf am 14. Juli 2016).

37 *Luis Ángel Sanz*, Susana Díaz rompe su silencio para pedir que el PSOE pasa a la oposición, in: El Mundo online vom 14. September 2016, <http://www.elmundo.es/espana/2016/09/14/57d938b6468aeb4c348b45c9.html> (Abruf am 14. September 2016).

38 Vgl. „Una gestora asume las funciones ejecutivas en el PSOE“, in: Reuters vom 2. Oktober 2016, <http://es.reuters.com/article/topNews/idESKCN122080> (Abruf am 3. Oktober 2016).

39 Nein-Stimmen kamen von 111 Abgeordneten, darunter auch 15 Abgeordneten der PSOE-Fraktion (darunter aller sieben PSC-Abgeordneten), die damit die Fraktionsdisziplin brachen, sowie allen Abgeordneten von Unidos Podemos, ERC, CDC, PNV und EH-Bildu. *Pedro Sánchez* hatte zuvor auf sein Mandat verzichtet, seine Stimme wurde somit als Abwesenheit gezählt. Einsehbar sind die Ergebnisse der Abstimmung unter: El País, *Rajoy presidente: resultado de la segunda votación de investidura*, 29. Oktober 2016, http://elpais.com/elpais/2016/10/27/media/1477581285_427331.html (Abruf am 31. Oktober 2016).

5. Ausblick: Herausforderungen der neuen Minderheitsregierung

Die neue von der PP geführte Minderheitsregierung ist zwar nicht die erste ihrer Art in der spanischen Demokratie, jedoch wird sie in der kommenden Wahlperiode erstmals vor der gewaltigen Aufgabe stehen, gegen eine Parlamentsmehrheit ankommen zu müssen, die ihr nicht wohlgesonnen ist und die ein „Durchregieren“ unmöglich macht. So haben sich die Abgeordneten der PSOE lediglich enthalten, um die politische Blockade zu lösen und Neuwahlen im Dezember zu verhindern. Eine Unterstützung der PP durch die Sozialdemokraten, die darüber hinausgeht, ist vorerst nicht zu erwarten.

Es handelt sich hier um ein so genanntes „hung parliament“, in dem verschiedene Minderheiten sitzen, die sich gegenseitig blockieren und so die Regierungsfähigkeit erschweren. In dieser Situation wäre eine kompromissbasierte politische Kultur hilfreich, ähnlich wie es sie in der Transition gab, bevor sie dann einer ausgeprägten Protest- und Konfrontationskultur wich. Kompromisse sollten nicht mehr als Verrat an den eigenen Idealen gesehen werden, sondern als ein konstruktives und legitimes Ergebnis von harten, aber fairen Verhandlungen. Ob es zu einer solchen Entwicklung kommt, ist jedoch nach jetzigem Stand fraglich.

Die Herausforderungen für die neue Regierung sind riesig. Seit Monaten steht Spanien unter starkem Druck durch die EU-Kommission, die vom Land in den nächsten beiden Jahren Haushaltseinsparungen von jeweils 5,5 Milliarden Euro verlangt.⁴⁰ Ein weiterer wichtiger Punkt, den die neue Regierung sofort angehen müsste, ist das starke Sinken der Einlagen der spanischen Pensionskasse („hucha de las pensiones“), die 2012 noch 66,815 Milliarden Euro betrugen und nun auf nur noch 24,207 Milliarden Euro beziffert werden.⁴¹ Maßgeblich dafür verantwortlich sind nicht nur die hohe Zahl der Arbeitslosen, die nicht in die Rentenkasse einzahlen können, sondern auch die geringen Löhne der neu geschaffenen Jobs. Die Arbeitslosigkeit liegt zwar laut dem Nationalen Statistikinstitut INE mit 4,3 Millionen Erwerbslosen auf dem niedrigsten Stand seit 2009⁴², jedoch besteht ein großer Unterschied zwischen dem insbesondere von der PP ausgestrahltem makroökonomischen Optimismus und der gelebten Realität weiter Teile der Bevölkerung. So ist laut INE die Mittelschicht im Vergleich zu 2004 um 3,5 Millionen Menschen geschrumpft. 28,5 Prozent der Spanier leben unterhalb der Armutsgrenze.⁴³ Darüber hinaus steigt die Staatsverschuldung nach wie vor kontinuierlich und liegt mittlerweile (erstmal seit 1909) bei über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.⁴⁴ Ein weiterer makroökonomischer Auf-

40 Vgl. „Bruselas insta a España a mandar un presupuesto con recortes de 5.500 millones lo antes posible“, in: La Vanguardia online vom 25. Oktober 2016, <http://www.lavanguardia.com/economia/20161025/411326471702/bruselas-insta-espana-presupuesto-recortes-5500-millones-deficit.html> (Abruf am 25. Oktober 2016).

41 Vgl. Isabel Munera, ¿Qué ocurriría si se agota la ‘hucha’ de las pensiones?, in: El Mundo online vom 18. Oktober 2016, <http://www.elmundo.es/economia/2016/10/18/58050aa2e2704edd798b467d.html> (Abruf am 18. Oktober 2016).

42 Vgl. Instituto Nacional de Estadística, Encuesta de Población Activa (EPA), http://www.ine.es/prensa/epa_tabla.htm (Abruf am 31. Juni 2016).

43 Vgl. Sara de Diego, Uno de cada hogares vive bajo el umbral de pobreza: Menos de 8011 euros anuales, in: El Confidencial online vom 24. Mai 2016, http://www.elconfidencial.com/espana/2016-05-24/umbral-pobreza-hogares-ine_1205320/ (Abruf am 25. Mai 2016).

44 Vgl. Cristina Delgado, La deuda pública española supera por primera vez en un siglo el 100% del PIB, in: El País online vom 19. Mai 2016, http://economia.elpais.com/economia/2016/05/18/actualidad/1463559100_343432.html (Abruf am 20. Mai 2016).

wärtstrend Spaniens ist zudem ungewiss, falls die niedrigen Gas- und Mineralölpreise und der historisch niedrige Leitzins – Faktoren, die maßgeblich zur wirtschaftlichen Erholung des Landes beigetragen haben – wieder ansteigen.

Eine weitere Herausforderung geht von Katalonien aus, wo die nationalistische Minderheitsregierung unter Druck der linksradikalen Separatisten der Candidatura d'Unitat Popular (CUP) im September 2017 ein unilaterales Referendum über die Unabhängigkeit von Spanien abhalten möchte.⁴⁵

Inwiefern die angesprochenen Probleme in der neuen Wahlperiode gelöst werden können, hängt in erster Linie von der Kooperations- und Dialogfähigkeit von Regierung und Opposition ab. Dabei ist es nicht von Vorteil, dass Ciudadanos und die PSOE aufgrund ihrer Rolle in der Amtseinführung von *Rajoy* zunächst beweisen müssen, dass sie eine wirkliche Opposition zur PP darstellen. Unidos Podemos hat jedenfalls eine Frontalopposition angekündigt, die sie vom Parlament auf die Straße tragen will. So hat *Pablo Iglesias* bereits einen Generalstreik avisiert, und *Alberto Garzón*, Chef der IU, nahm am Tag der Amtseinführung von *Rajoy* an einer Demonstration teil, die dem Parlament die Legitimität abspricht und die PP, PSOE und Ciudadanos als „Mafia“ bezeichnet.⁴⁶ Zudem dürfte es in naher Zukunft nicht ruhig um die zukünftige Ausrichtung der PSOE werden, da die Partei einen neuen Generalsekretär wählen muss. *Pedro Sánchez*, der am 29. Oktober von seinem Abgeordnetenmandat zurücktrat und derzeit wohl noch mit der Unterstützung der Mehrheit der PSOE-Mitglieder rechnen kann, die schließlich den Generalsekretär wählen, hat bereits seine Kandidatur angekündigt.⁴⁷

Die spanische Politik steht somit vor einer ungewissen Zukunft. In einem Land, in dem die Parteien und die Politiker mittlerweile laut dem staatlichen Umfrageinstitut CIS als das drittgrößte Problem hinter Arbeitslosigkeit und Korruption wahrgenommen werden⁴⁸, ist es unter den gegebenen Umständen schwer vorstellbar, dass die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik abnimmt. Insofern ist offen, ob *Mariano Rajoy* im Falle einer absoluten Blockade davon Gebrauch machen wird – oder muss –, dass er frühestens am 3. Mai 2017, also ein Jahr nach dem Ausrufen der letzten Neuwahlen, die Wähler an die Urnen bitten kann.⁴⁹

45 Vgl. *Àngels Piñol*, Puigdemont anuncia un referéndum para septiembre de 2017, in: El País online vom 28. September 2016, http://ccaa.elpais.com/ccaa/2016/09/28/catalunya/1475073376_728603.html (Abruf am 29. September 2016).

46 Vgl. *Iñigo Domínguez* / *Elsa García de Blas*, Miles de manifestantes en la protesta contra la investidura de Rajoy, in: El País online vom 29. Oktober 2016, http://politica.elpais.com/politica/2016/10/29/actualidad/1477750896_744654.amp.html (Abruf am 29. Oktober 2016).

47 Vgl. *Luis Ángel Sanz*, Pedro Sánchez se va y apela a las bases para volver a liderar el PSOE, in: El Mundo online vom 29. Oktober 2016, <http://www.elmundo.es/espana/2016/10/29/58147a2346163fc46c8b4578.html> (Abruf am 31. Oktober 2016).

48 Vgl. Centro de Investigaciones Sociológicas, Tres problemas principales que existen actualmente en España, http://www.cis.es/cis/export/sites/default/-Archivos/Indicadores/documentos_html/TresProblemas.html (Abruf am 31. Oktober 2016).

49 Vgl. Rajoy no podrá convocar nuevas elecciones hasta mayo, in: La Razón online vom 29. Oktober 2016, <http://www.larazon.es/espana/rajoy-no-podria-convocar-nuevas-elecciones-hasta-dentro-de-seis-meses-EJ13830501#.Tt1ESJkvCKBSG> (Abruf am 31. Oktober 2016).